

§9

Schutzgebiete

(1) Für erforderliche Schutzmaßnahmen beim Einsatz von Kernanlagen können Schutzgebiete festgelegt werden. Schutzgebiete können in Schutzzonen gegliedert werden.

(2) Die Festlegung von Schutzgebieten erfolgt durch Schutzgebietserklärung. Die Schutzgebietserklärung erläßt der Präsident des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz nach Zustimmung der Leiter der zuständigen zentralen Staatsorgane und des für das betreffende Territorium zuständigen Rates des Bezirkes. Die Zustimmung des Rates des Bezirkes erfolgt durch Beschluß.

(3) In der Schutzgebietserklärung sind die für das Schutzgebiet erforderlichen Nutzungsbedingungen und -beschränkungen festzulegen.

(4) Auf der Grundlage der festgelegten Nutzungsbedingungen und -beschränkungen kann der Investitionsauftraggeber oder Rechtsträger der Kernanlage die Einräumung eines zeitlich begrenzten oder dauernden Mitnutzungsrechts, die Übertragung des Eigentumsrechts oder den Rechtsträgerwechsel für Grundstücke, Gebäude oder Anlagen verlangen. Die Mitnutzung, die Übertragung des Eigentumsrechts oder der Rechtsträgerwechsel ist mit den Eigentümern oder Rechtsträgern der Grundstücke, Gebäude oder Anlagen vertraglich gegen Entgelt zu vereinbaren, soweit in Rechtsvorschriften nichts anderes geregelt ist.

(5) Kommt ein Vertrag über die Mitnutzung, die Übertragung des Eigentumsrechts oder die Durchführung des Rechtsträgerwechsels nicht zustande, kann auf Antrag des Investitionsauftraggebers oder Rechtsträgers der Kernanlage die Mitnutzung oder der Rechtsträgerwechsel angeordnet oder das Eigentumsrecht gegen Entgelt entzogen werden. Das Entgelt umfaßt die Entschädigung nach dem Entschädigungsgesetz sowie den Ausgleich wirtschaftlicher Nachteile.

(6) Über die Anordnung der Mitnutzung, des Rechtsträgerwechsels und den Entzug des Eigentumsrechts entscheidet der Rat des Kreises durch Beschluß.

(7) Mit dem durch die staatliche Entscheidung gemäß Abs. 6 festgelegten Zeitpunkt über den Entzug des Eigentumsrechts

1. entsteht Volkseigentum am Grundstück, Gebäude oder an der Anlage,
2. erlöschen die am Grundstück, Gebäude oder an der Anlage bestehenden eingetragenen Rechte Dritter und die zur Nutzung berechtigenden Vereinbarungen und
3. entsteht ein Anspruch des Eigentümers auf Entgelt. Für den Nutzungsberechtigten sowie den Inhaber eingetragener Rechte entsteht ein Anspruch auf Erfüllung ihrer Forderungen aus dem Entgelt.

(8) Mit dem durch die staatliche Entscheidung gemäß Abs. 6 festgelegten Zeitpunkt über den Rechtsträgerwechsel ist die Übertragung des volkseigenen Grundstückes, Gebäudes oder der Anlage auf den neuen Rechtsträger wirksam. Die weiteren Pflichten der beteiligten Rechtsträger ergeben sich aus den dafür geltenden Rechtsvorschriften.

§ 10

Verantwortlichkeit

für Schadenszufügung

(1) Die Verantwortlichkeit für Schäden, die sich aus der Anwendung der Atomenergie ergeben, bestimmt sich nach den Vorschriften des Zivilgesetzbuches über die erweiterte Verantwortlichkeit für Schadenszufügung.

(2) Für Schäden, die infolge der Einwirkung ionisierender Strahlung entstehen, ist eine Befreiung von der Verpflichtung zum Schadenersatz ausgeschlossen. Ansprüche auf Schadenersatz unterliegen nicht der Verjährung.

(3) Ist für Schäden, die durch ionisierende Strahlung auf dem Hoheitsgebiet der Deutschen Demokratischen Republik entstehen, der Ersatzpflichtige nicht zu ermitteln oder kann er aus anderen Gründen nicht in Anspruch genommen werden, so tritt an dessen Stelle das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz.

(4) Die Verantwortlichkeit für Schäden beim Betrieb von Röntgeneinrichtungen und für Schäden bei Patienten als Folge medizinischer Maßnahmen mit ionisierender Strahlung regelt sich nach den dafür geltenden Rechtsvorschriften.

(5) Treten Schäden bei Werkträgern auf, die beim Ersatzpflichtigen oder in seinem Auftrag tätig sind, so gelten die Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches über Arbeitsunfall und Berufskrankheit. Bei Schäden infolge Einwirkung ionisierender Strahlung findet die Bestimmung des Abs. 2 entsprechende Anwendung.

Straf- und

Ordnungsstrafbestimmungen

§ 11

(1) Wer vorsätzlich

1. ohne die gemäß § 2 Abs. 5 und § 7 erforderliche Erlaubnis oder unter Verletzung der in dieser Erlaubnis festgelegten Bedingungen oder unter Nichteinhaltung der mit dieser Erlaubnis erteilten Auflagen
 - a) Kernanlagen oder Strahleneinrichtungen entwickelt, herstellt, errichtet, betreibt, instand setzt, verändert oder stilllegt,
 - b) Kernmaterial oder andere radioaktive Stoffe sich oder einem anderen beschafft, entgegennimmt, in Besitz hat, verwendet, verändert, transportiert, weitergibt, verbreitet, lagert,